

Dein Update

Wir im Bund. Wir im Land. Wir im Kreis Bergstraße.



Ausgabe Mai 2022: Themen im Land Hessen

SPD stellt Klimaschutzgesetz zur Abstimmung – CDU und Grüne lehnen ab

Der Hessische Landtag hat in Zweiter Lesung den Gesetzentwurf der SPD für ein Gesetz zum Schutz von Menschen und Natur vor dem Klimawandel beraten. Der umweltpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Gernot Grumbach, betonte in der Plenardebatte die Wichtigkeit eines solchen Gesetzes auf Landesebene und erläuterte gleichzeitig den umfangreichen Änderungsantrag, den seine Fraktion vorgelegt hat.

Grumbach sagte am Dienstag in Wiesbaden: „Wir haben die Anhörung zu unserem ursprünglichen Gesetzentwurf und die dort getätigten Äußerungen der Anzuhörenden ernst genommen und entsprechend umgesetzt. Mit Hilfe eines Transformationsfonds sollen Maßnahmen zur sozialen und ökologischen Umgestaltung finanziert werden. Zudem ist die Einsetzung eines Klimaschutzbeirates zur Beratung der Landesregierung vorgesehen, der unter Beteiligung von Wissenschaft, Kommunen, Unternehmern, Gewerkschaften und Umweltorganisationen eingerichtet werden soll. Wir wollen darüber hinaus eine deutlichere Unterstützung der Kommunen im Kampf gegen die Folgen des Klimawandels und haben entsprechende Regelungen vorgesehen.“

Der SPD-Abgeordnete kritisierte in diesem Zusammenhang die Ablehnung von CDU und insbesondere der Grünen. „Wir haben mit unserem Gesetzentwurf konkrete Vorschläge zum Schutz der Menschen und der Natur vor dem Klimawandel unterbreitet. Wir warten seit November 2021 auf die Vorlage eines landeseigenen Klimaschutzgesetzes von Seiten der Ministerin. Zunächst hatten die Grünen ja sogar noch abgestritten, dass es eines Klimaschutzgesetzes auf Landesebene überhaupt bedürfe. Die Ankündigungsministerin Priska Hinz (Grüne) muss endlich liefern“, so Grumbach.

Die demokratischen Fraktionen im Hessischen Landtag seien sich im Ziel einig, dass die Menschen und die Natur vor den Folgen des Klimawandels geschützt werden müssten. Nun sei es an der Zeit, dieses Bekenntnis auch umzusetzen.

Quelle: <https://www.spd-fraktion-hessen.de/2022/05/10/spd-stellt-klimaschutzgesetz-zur-abstimmung-cdu-und-gruene-lehnen-ab/>

Bildungsurlaub muss weiterentwickelt werden, um die Transformation der Arbeitswelt mitzugestalten

In der Debatte des Hessischen Landtags um die Änderung des Hessischen Gesetzes über den Anspruch auf Bildungsurlaub hat sich die sozial- und arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Lisa Gnadl, für eine Stärkung von Bildungsurlaub als Element guter Arbeitsbedingungen, Fachkräftesicherung und Weiterbildung stark gemacht. „Bildungsurlaub ist kein Erholungsurlaub, sondern eine besondere Form der Freistellung zur beruflichen oder politischen Weiterbildung. Eine Weiterbildung, die für die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber genauso wichtig ist, wie für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.“

Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Hessischen Landtag seien sich sicher, dass Bildungsurlaub in dem Transformationsprozess der Arbeitswelt einen großen Stellenwert einnehmen werden müsse. „Wir wollen den Bildungsurlaub im Transformationsprozess unserer Arbeitswelt nutzen. Im Beruf muss es möglich sein, sich ständig weiterzuentwickeln, um eigene Ziele zu verfolgen, aber auch um mit dem gesellschaftlichen und technologischen Wandel Schritt zu halten. Bei einer solchen Weiterbildung muss es nicht unbedingt um die aktuelle Tätigkeit gehen. Sie kann auch Kompetenzen betreffen, die gesellschaftliches Leben oder neue Möglichkeiten am Arbeitsmarkt eröffnen“, erklärt Gnadl. Deshalb müsse man darüber nachdenken, den „Bildungsurlaub“ zu einer „Bildungszeit“ weiterzuentwickeln.

Insgesamt sei es wichtig, die arbeitgeberseitige Akzeptanz für Bildungsurlaub zu stärken und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vermehrt in die Lage zu versetzen, ihren gesetzlichen Bildungsurlaub zu nutzen. Ebenfalls müsse die Vereinbarkeit von Familie und Bildungsurlaub, sowie die bezuschusste und kostenerstattete Teilnahme an Bildungsmaßnahmen verbessert werden.

„Der Gesetzentwurf der Fraktion der Freien Demokraten zum möglichen Ersatz des Bildungsurlaubs vor Ort durch digitale Bildungsformate verkürzt die Debatte völlig. Digitale Angebote können Bildungsurlaub in Präsenz nicht ersetzen, sondern können nur eine Ergänzung sein. Im Gesetzentwurf kommt zu kurz, dass der direkte Austausch und informelle Gespräche beim Lernprozess wichtig sind. Auch können die Orte, an denen Bildungsurlaub stattfindet, zentral sein“, erklärt die Sozialpolitikerin. „Es ist an der Zeit, dass wir uns in Hessen grundsätzlich mit einer Weiterentwicklung des Bildungsurlaubs auseinandersetzen“, fordert Gnadl.

Quelle: <https://www.spd-fraktion-hessen.de/2022/05/10/bildungsurlaub-muss-weiterentwickelt-werden-um-die-transformation-der-arbeitswelt-mitzugestalten/>

Vielfalt und Integration in Hessen – SPD-Fraktion stellt Konzept für Anerkennung und Teilhabe vor

Die SPD-Fraktion hat ihr Konzept für Anerkennung und Teilhabe von Migrantinnen und Migranten vorgestellt. Das Programm unter dem Titel „Vielfalt und Integration in Hessen“ beschreibt eine moderne Integrationspolitik, die sich klar zu den Werten des Grundgesetzes bekennt und die staatliche Verantwortung für eine erfolgreiche Integration annimmt.

Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Günter Rudolph, der das Konzept gemeinsam mit dem integrationspolitischen Sprecher der Fraktion, Turgut Yüksel, in Wiesbaden vorstellte, sagte: „Es ist nicht die Aufgabe der Politik, den Menschen vorzuschreiben, wie sie ihr Zusammenleben gestalten. Aber es ist unsere Aufgabe, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass ein friedliches Miteinander in Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität möglich ist. Wir wollen aus den Herausforderungen, die sich durch Zuwanderung zweifellos ergeben, Chancen machen. Dabei setzen wir der spalterischen Rhetorik vom rechten Rand Empfehlungen für ein verantwortungsbewusstes politisches Handeln entgegen.“

Rudolph sagte, eine erfolgreiche Integrationspolitik zeichne sich dadurch aus, dass sie das Zusammengehörigkeitsgefühl in allen Bereichen der Gesellschaft sichtbar und spürbar stärke. „Wir wollen das Gemeinsame suchen und fördern, ohne die Unterschiede zwischen den unterschiedlichen kulturellen, gesellschaftlichen und religiösen Prägungen der Menschen zu verleugnen“, so Günter Rudolph.

Der Fraktionsvorsitzende kritisierte, dass Integrationspolitik in Hessen in eine Vielzahl von Beratungsgremien und in Modellprojekte ohne langfristige Finanzierungsperspektive ausgelagert werde. Eine verlässliche Struktur für die Integration sei so nicht herzustellen, sagte Rudolph.

Turgut Yüksel betonte die wichtige Rolle der Landespolitik für die Integration von Migrantinnen und Migranten. Er sagte: „Integration verlangt von allen Beteiligten guten Willen und gewisse Anstrengungen. Die Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration sind funktionierende staatliche Unterstützungsstrukturen, die den Prozess individuell begleiten. In Hessen fehlen diese Strukturen derzeit. Wir haben deswegen mit Akteurinnen und Akteuren aus allen Bereichen der Gesellschaft über einen längeren Zeitraum hinweg intensive Diskussionen geführt, die im Ergebnis zu unserem Konzept für eine bessere Politik des Miteinanders, der Teilhabe und der Vielfalt geführt haben. Wir wollen gleiche Chancen für alle Menschen, die sich entschieden haben, in Hessen zu leben und unser Land zu bereichern.“

Beide SPD-Politiker plädierten dafür, die Integration als dauerhafte Aufgabe einer demokratischen, pluralistischen Gesellschaft anzunehmen. Dazu benötigten alle Beteiligten Verbindlichkeit, Verlässlichkeit und den Mut, auch strukturelle Änderungen

zuzulassen. „Integration ist nicht gleichbedeutend mit kultureller Assimilation, sondern sie sorgt für gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben unter dem Gesichtspunkt der Inklusion und der Emanzipation“, so Günter Rudolph und Turgut Yüksel.

Quelle: <https://www.spd-fraktion-hessen.de/2022/05/05/vielfalt-und-integration-in-hessen-spd-fraktion-stellt-konzept-fuer-erkennung-und-teilhabe-vor/>

Zum Integrationspapier → https://www.spd-fraktion-hessen.de/wp-content/uploads/sites/265/2022/05/Integrationspapier_FINAL.pdf

Lisa Gnadl: Schwarzgrün bietet bunte Bilder, aber keine Lösungen für die Probleme in den hessischen Kitas

Auf Antrag der SPD-Fraktion debattierte der Hessische Landtag über die aktuelle Situation an den hessischen Kitas. Beschäftigte als auch Eltern schlugen Alarm. Dazu die stellvertretende Fraktionsvorsitzende und sozial- und familienpolitische Sprecherin Lisa Gnadl: „Diese Woche finden in Hessen wieder Warnstreiks der Beschäftigten in der sozialen Arbeit statt. Darunter sind viele Erzieherinnen und Erzieher. Wir wollen Ihnen hier im Parlament eine Stimme geben, um auf Ihre Situation aufmerksam zu machen. Wir stehen an der Seite der Beschäftigten, und damit auch an der Seite der Kinder und Eltern.“

Die Warnstreiks zeigten einmal mehr, wie groß die Not in den hessischen Kitas ist. Überall fehle es an Personal. Der Bedarf an Kita- und Krippenplätzen könne nicht gedeckt und Öffnungszeiten müssten vielerorts eingeschränkt werden. Die qualitativen gesetzlich verankerten Maßnahmen scheiterten ebenfalls an der dünnen Personaldecke. Die SPD-Fraktion forderte erneut die schwarzgrüne Landesregierung auf, endlich zu handeln. Viel zu lange habe man in der Regierung nichts getan, obwohl Studien immer wieder offenbarten, dass es nicht nur zu wenig Fachkräfte gebe. Auch die Arbeitsbedingungen und der Fachkraft-Kind-Schlüssel in den hessischen Kitas seien in Hessen deutlich schlechter als in anderen Bundesländern.

„Das kann und darf so nicht weitergehen. Kinder brauchen eine gute, verlässliche frühkindliche Förderung und Bildung. Ohne nachhaltige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, einer Entlastung der Beschäftigten und einer finanziellen Aufwertung wird sich die Situation in den Kitas nicht verbessern“, so die Sozial- und Familienpolitikerin. Ausgerechnet in den Berufen, in denen es um unsere Kinder gehe, werde viel zu wenig Geld bezahlt. Das sei nicht akzeptabel und der Aufgabe nicht angemessen. „Setzen Sie die Kommunen finanziell in die Lage, damit diese die geforderten Tarifsteigerungen umsetzen können, indem Sie zwei Drittel der Betriebskosten aus Landesmitteln übernehmen. So wie es uns andere Bundesländer schon

vormachen. Sonst werden sich nur reiche Städte einen besseren Lohn leisten können und Fachkräfte den anderen abwerben“, appellierte sie an die Landesregierung.

Ein ganzes Bündel an Maßnahmen sei notwendig, um die Situation nachhaltig zu verbessern. „Die Ausbildungskapazitäten müssen aufgestockt, das Schulgeld abgeschafft, die Ausbildung grundsätzlich vergütet und eine bessere Praxisanleitung in den Kitas ermöglicht werden“, fordert Gnadl. „Mehr Personal kann es nur mit besseren Arbeits- und Ausbildungsbedingungen und einer deutlichen Tarifsteigerung geben. Aber solange Schwarzgrün regiert, werden wir keine Lösung für die Probleme in Hessen finden. Dafür aber viele schöne bunte Bilder.“

Quelle: Pressestelle SPD-Fraktion im Hessischen Landtag

Keine politische Mitsprache erwünscht – Schwarzgrün misstraut jungen Wählern

In seiner heutigen Plenardebatte hat sich der Hessische Landtag in Zweiter Lesung mit einem Gesetzentwurf der SPD zur Einführung des aktiven Wahlrechts ab 16 Jahren bei Kommunalwahlen befasst. Dem vorausgegangen war im April eine umfangreiche öffentliche Anhörung, in deren Rahmen sowohl zahlreiche verfassungsrechtliche als auch gesellschafts- und demokratiepolitische Aspekte des Vorstoßes für eine verbesserte politische Teilhabe von Jugendlichen thematisiert wurden.

Hierzu äußerte sich der Fraktionsvorsitzende der SPD im Hessischen Landtag, Günter Rudolph, in der Debatte: „Es ist und bleibt so, dass sich die regierungstragenden Fraktionen mit Händen und Füßen gegen eine bedeutsame Ausweitung der politischen Teilnahmemöglichkeiten für Jugendliche ab 16 Jahren wehren. Die Anhörung hat mehr als deutlich gemacht, dass es hierbei nicht um rechtliche Vorbehalte geht – sondern lediglich um das Misstrauen von Schwarzgrün in die politische Einsichtsfähigkeit und das Interesse von jungen Menschen. Gerade vor dem Hintergrund, dass zahllose Jugendliche schon vor dem 16. Geburtstag – beispielsweise als Auszubildende – Steuern und Abgaben entrichten und sich vielfältig in ihren Kommunen politisch engagieren, ist das schlichtweg nicht nachzuvollziehen.“

Eine solche Skepsis sei durch nichts gerechtfertigt: „In der Anhörung wurde einmal mehr deutlich, dass es bei der Frage einer Herabsetzung des Wahlalters insgesamt um die Frage geht, welchen Blick man eigentlich auf junge Menschen hat. Die Ergebnisse aus der politikwissenschaftlichen Forschung untermauern nachdrücklich, dass politisches Interesse und Engagement bei 16- und 17-jährigen nicht weniger ausgeprägt sind als bei 18-jährigen. Nicht zuletzt aus diesem Grund sehen wir uns hier weiterhin auf dem richtigen Weg und streben mittelfristig auch die Einführung des aktiven Wahlrechts ab 16 Jahren auf Landesebene an“, so Rudolph weiter.

Die Regierungsfractionen seien einmal mehr aufgefordert, sich aus ihrer Blockadehaltung zu lösen: „Schwarzgrün lehnt diesen Vorschlag aus Borniertheit ab – die CDU zudem ganz offensichtlich, weil sie negative Auswirkungen für sich an den Wahlurnen befürchtet. Aber insbesondere die Grünen als Teil dieser Landesregierung müssen sich ernsthaft fragen, wie lange sie sich noch bewusst entgegen ihrem eigenen Parteiprogramm auf Bundesebene verhalten und die Nibelungentreue zur CDU aufrechterhalten wollen“, so Rudolph.

Quelle: <https://www.spd-fraktion-hessen.de/2022/05/11/keine-politische-mitsprache-erwuenscht-schwarzgruen-misstraut-jungen-waehlern/>

Dr. Daniela Sommer: Gute Pflege ist eine Frage der Menschenwürde – Pflegekräfte und pflegende Angehörige brauchen Unterstützung

Der Hessische Landtag hat am Tag der Pflege über die Situation der Pflegekräfte, der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen in Hessen debattiert. In der Aussprache erneuerte Dr. Daniela Sommer, die Parlamentarische Geschäftsführerin und gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, die Forderung ihrer Fraktion, der Arbeit von Pflegefachkräften mehr Wertschätzung und Anerkennung entgegenzubringen.

Dr. Sommer sagte: „Die Anerkennung, die wir meinen, erschöpft sich nicht in warmen Worten und gelegentlichem Klatschen vom Balkon, sondern drückt sich aus in einer besseren Bezahlung, vor allem aber in besseren Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten.“

In der stationären Pflege müsse eine bestenfalls gleichbleibende Zahl an Fachkräften immer mehr und immer schwerere Fälle versorgen, stellte Dr. Sommer fest. Sie sagte: „Um sicherzustellen, dass die Pflege würdig und den Menschen zugewandt sein kann, braucht es Personalmindeststandards, die eine Überlastung der Beschäftigten verhindern. Vor allem aber braucht die Pflegebranche mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die wiederum lassen sich nur gewinnen, wenn politische Vorgaben dafür sorgen, dass die Arbeitsbelastung und das Gehalt in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen. Weil das aber schon seit vielen Jahren nicht der Fall ist, herrscht in der Pflege ein eklatanter Personalmangel. Diesen Teufelskreis kann niemand außer der Politik durchbrechen, die für bessere Rahmenbedingungen in der Pflege sorgen muss. Die Aufforderung geht daher an die Landesregierung: Tun Sie nicht immer so, als seien die Zustände in der Pflege ein Naturereignis, das sich nicht beeinflussen lässt. Niemand hält den Sozialminister davon ab, die erforderlichen Vorgaben zu machen – er müsste es nur wollen.“

Auch die häusliche Pflege leide unter der Untätigkeit der Landesregierung, so Dr. Daniela Sommer: Mehr als 80 Prozent der Pflegebedürftigen würden zu Hause versorgt. Die damit verbundenen Belastungen für die Angehörigen müssten durch eine bessere Unterstützung und Begleitung der häuslichen Pflege abgemildert werden, sagte Dr. Sommer. „Dass es an Beratung und an Unterstützung für die Angehörigen fehlt, an Tages-

, Nacht- und Kurzzeitpflegeplätzen, die den pflegenden Familienmitgliedern stunden- und tageweise Erleichterung verschaffen – das ist das Ergebnis von jahrzehntelangem Desinteresse wechselnder hessischer Sozialministerinnen und –minister in der Regierungszeit der CDU. Eine gute Pflege – ob stationär oder zu Hause – wahrt die Würde der Menschen, die sich nicht mehr selbst versorgen können. Sich für eine gute Pflege einzusetzen, ist deswegen eine Frage der Mitmenschlichkeit und des Anstands“, so Dr. Daniela Sommer.

Quelle: Pressestelle SPD-Fraktion im Hessischen Landtag

Weitere Themen als Links:

Tag des Kriegsendes muss uns heute mehr denn je mahnen

<https://www.spd-fraktion-hessen.de/2022/05/08/tag-des-kriegsendes-muss-uns-heute-mehr-denn-je-mahnen/>

Indizienkette spricht klar für die Schuld von Stephan E.

<https://www.spd-fraktion-hessen.de/2022/05/06/indizienkette-spricht-klar-fuer-die-schuld-von-stephan-e/>

Hessischer Digitalindex ist alter Wein in neuen Schläuchen

<https://www.spd-fraktion-hessen.de/2022/05/09/hessischer-digitalindex-ist-alter-wein-in-neuen-schlaeuchen/>

SPD fordert klares Signal aus Hessen gegen Einschüchterungsklagen

<https://www.spd-fraktion-hessen.de/2022/05/05/spd-fordert-klares-signal-aus-hessen-gegen-einschuechterungsklagen/>

Digitalministerin für Herausforderungen nicht gewappnet – PR-Maßnahmen helfen dem ländlichen Raum nicht

<https://www.spd-fraktion-hessen.de/2022/05/11/digitalministerin-fuer-herausforderungen-nicht-gewappnet-pr-massnahmen-helfen-dem-laendlichen-raum-nicht/>